„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.00
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.00
to foreign countries .. $3.50
Offices and pringting plant:
1835 Halifax Street, Regina.

22. Jahrgang. 14 Seiten. Regina, Sask., Mittwoch, den 10. April 1929. 14 Seiten. Nummer 25.

Zu den kommenden Wahlen in Sask.

Aufstellung von Kandidaten jetzt an der Tagesordnung.

Konservativer Führer Dr. T. M. Anderson ein prinzipieller Gegner von religiöser Erziehung.

Hon. Dr. J. M. Uhrich, Minister für Volksgesundheit, widerlegt Kritiker.

Daß die Provinzialwahlen nahe bevorstehen, beweisen wohl vor allem die Nominationen von Kandidaten der verschiedenen Parteien in den verschiedenen Parteien in den verschiedensten Wahlkreisen unserer Provinz. Wie Premier Gardiner am Dienstag Abend, den 12. März, gelegentlich einer Versammlung der Liberalen Vereinigung des Ostendes in Regina erklärte, werden die Wahlen erst nach der Saatzeit stattfinden und zwar, so weit er vorläufig feststellen könne, etwa um die Mitte des Monats Juni.

Trotz der heftigen Angriffe von seiten seiner Gegner und namentlich seitens des konservativen Parteiführers Anderson sitzt die Gardiner-Regierung fest im Sattel und wartet in verhältnismäßiger Ruhe die Dinge ab, wie sie politisch von seiten der mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln zu Werke gehenden unzufriedenen konservativen Opposition aufgespielt werden. Ihr Steckenpferd ist namentlich die öffentliche Schule, in der kein Religionsunterricht erteilt werden darf. So erklärte Dr. J. T. M. Anderson letzten Mittwoch nachdrücklich auf einer konservativen Nominationsversammlung in Moose Jaw: **„Wir stehen endgültig hinter der öffentlichen Schule, ohne Rücksicht auf Rasse oder Religion, in welcher die Kinder gemeinschaftlich studieren, spielen und aufwachsen können, unbehindert von religiöser Beeinflussung."** Andere von Dr. Anderson behandelte Punkte betrafen die Einwanderungsfrage und das Problem der Wegeverbesserung. Zubezug auf die letztere Frage wiederholte er die bereits gelegentlich der Arm River-Nachwahl gemachten Anschuldigungen, daß Versuche seitens der Regierungspartei gemacht würden, die Wähler durch Versprechungen von Wegebauten zu beeinflussen. Zum Schlusse bemerkte Dr. Anderson, daß der Premier enttäuscht sein würde, wenn er (Anderson) nicht wieder das Datum der Wahl bekanntgebe. „Ich würde sagen, daß sie früh im Juni stattfinden wird, aber wahrscheinlich wird die Regierung sie jetzt drei Wochen früher anberaumen," sagte er unter allgemeinem Gelächter.

Auf dieser Versammlung stellten die Konservativen zwei Kandidaten auf, um ihrem Banner bei der kommenden Wahl für Moose Jaw zum Siege zu verhelfen, nämlich Dr. R. H. Smith und Alderman J. A. Merkley.

* * *

Hon. J. M. Uhrich widerlegt Kritik der Konservativen.

In einer Rede, die der Minister für Volksgesundheit, Hon. Dr. J. M. Uhrich, am 27. März auf der Nominationskonvention in Lumsden hielt, erwiderte er auf die gegen die liberale Regierung der Provinz Saskatchewan gerichtete Kritik in scharfer Weise und charakterisierte den Führer der Konservativen, Dr. T. M. Anderson, mit folgenden Worten:

„Heute stand Dr. T. M. Anderson, Führer der Tories in dieser Provinz, vor der großen konservativen Konvention in diesem Städtchen und erklärte, daß niemand einen Posten im Regierungsdienste erhalte, außer er sei ein Liberaler. Ich möchte ihn gerne fragen, wie er denn seine eigene Stellung als Schulinspektor der Provinz Saskatchewan im Jahre 1911 erhielt?"

„Wir wissen," fuhr Dr. Uhrich fort, „daß er in 1911 mitten in einer Wahlkampagne die Konservativen kalt im Stiche ließ, um nach einem „Job" als Schulinspektor zu greifen. Wir wissen, daß er seitdem 14 Jahre lang im Dienste des Departments für Erziehung gestanden hat, und während dieser Zeit konnte er nicht genug schöne Worte finden, um das Department für Erziehung zu loben."

Minister Dr. Uhrich wies nun einen Brief vor und sagte: „Hier habe ich einen Brief, den er am 3. November 1922 an Hon. Sam Latta, den damaligen Minister für Erziehung, richtete. Sie können daraus ersehen, wie hoch er das Department schätzte, für welches er zu jener Zeit tätig war." Er las: „Ich wünsche Ihnen zu betonern, daß ich immer absolutes Vertrauen in Sie als Minister setze." Der Brief enthielt weitere derartige Bemerkungen und den Ausdruck seines Vertrauens, daß es ihm (T. M. Anderson) vergönnt sein möge, auch in Zukunft Hand in Hand mit dem Department zu arbeiten.

„Und jetzt, um einen Vergleich anzustellen," führte Redner weiter aus, „habe ich hier einen Zeitungsausschnitt über eine von unserem Freunde Dr. Anderson gehaltene Rede am 22. Mai 1925 in Saskaton, als er Führer der konservativen Partei war."

Der Minister las: „Von der Zeit an, da Mr. Martin das Portofolio des Erziehungsministeriums niederlegte und Hon. Sam Latta dasselbe übernahm, ging das Erziehungs-Department Saskatchewans ständig bergab."

„Nun," bemerkte Dr. Uhrich ironisch, „das ist eine ziemlich bemerkenswerte Meinungsänderung in solch verhältnismäßig kurzer Zeit."

Dr. Uhrich widerlegte auch andere Behauptungen, die auf der konservativen Konvention gemacht worden waren. Er verlas eine Behauptung von P. H. Gordon, K.C., dahinlautend, daß „es eine bekannte Tatsache sei, daß Kontraktoren, die nicht Anhänger der liberalen Regierung seien, sich nicht an Angeboten für öffentliche Arbeiten beteiligten, da es unmöglich sei, die Regierungs-Architekten zufriedenzustellen, welche danach trachteten,

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Amerikanische Ehescheidungen in Quebec ungültig.

Ottawa, 5. April. — Die Entscheidung des Gerichtes in Quebec, daß Scheidungen, die im Auslande erhalten wurden, in dieser Provinz ungültig seien, und daß Personen, welche in Quebec getraut worden sind und sich im Auslande scheiden ließen und nochmals verheirateten, der Bigamie schuldig sind, hat in Ottawa große Erregung verursacht, da es hunderte von Personen gibt, welche zweimal geheiratet haben und in anderen Provinzen leben. Die legale Lage wird in Zweifel gezogen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß eine Probe gemacht werden soll, um den Status der wiederverheirateten Personen in anderen Provinzen festzustellen.

Die Gesetzesbeamten haben sich geweigert, sich über diese Situation weiter auszulassen, aber es steht fest, daß mehr Canadier ihre Scheidungen in den Vereinigten Staaten erhalten als in der Dominion. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Provinz Ontario, und es ist interessant, festzustellen, daß, während 200 Scheidungen vom Parlament in Ontario ausgegeben worden sind, 548 Scheidungen von Bürgern aus Ontario in Detroit ausgegeben wurden.

Das Problem im Westen ist nicht ganz dasselbe, seit man im Westen die eigenen Scheidungsgerichte hat. Aber auch aus dem Westen gingen viele nach den Vereinigten Staaten, um Scheidungen zu erhalten, weil sie den landesgesetzlichen Bedingungen nicht genügen konnten. Eine große Anzahl von Bürgern aus Manitoba erhielten ihre Scheidungen in den Vereinigten Staaten, in Minneapolis und St. Paul, ebenso wandten sich Bürger aus Saskatchewan, Alberta und Britisch Columbien mit Scheidungsgesuchen an die Vereinigten Staaten, indem sie hinfuhren und dort Scheidungen erhielten. Wenn diese Gesetzesauslegung, die in den Quebecer Gerichten gemacht wurde, auch für den Westen gilt, haben diese Personen Bigamie begangen und können strafrechtlich verfolgt werden.

Niederlage der Prohibitionisten im Staate Wisconsin

Mehrheit von 15,000 Stimmen gegen Getränkeverbot.

Bürger verlangen Straffreiheit für Heimbräu.

Milwaukee, Wis., 6. April. — Der Sieg der liberalen Bürgerschaft des Staates Misconsin über die Trockenen bei dem Referendum ist ein überwältigender. Eine Mehrheit von 150,000 ist den Nassen sicher. Das Stimmenverhältnis stellt sich wie zwei zu eins zugunsten der Prohibitionsgegner. In der Stadt Milwaukee und anderen Städten ist das Verhältnis wie sechs zu eins.

Bei dem Referendum lagen der Bürgerschaft des Staates zwei Fragen vor:

Soll das staatliche Prohibitionsgesetz zur Durchführung des 18. Amendements (Stevenson-Gesetz) widerrufen werden?

Sollen die mit dem Stevenson-Gesetz für Herstellung von Heimbräu vorgesehenen Strafen abgeschafft werden?

Gesetzesvorlagen im Sinne der beiden Referendum-Dekrete liegen bereits der Staatslegislatur vor.

Staatssenator Thomas M. Duncan, Sozialist von Milwaukee, der Urheber des Referendum, bemerkte heute zu dem Ergebnis, die Nassen hätten einen gewaltigen Sieg errungen, dem durch die Legislatur Ausdruck und Wirksamkeit verliehen werden müsse.

Der Führer der Trockenen, der Prediger Warren G. Brown, erklärte das Referendum-Ergebnis habe nichts weiter dargetan, als daß Milwaukee mit seiner Ausländerbevölkerung noch immer naß sei, der übrige Staat Wisconsin aber trocken sei.

Die Mehrheit für die Nassen war übrigens bei dem gestrigen Referendum geringer als bei dem Referendum im Jahre 1926. Damals wurde für die Denkschrift an den Kongreß zur Abschaffung von Bier mit 2.75 Prozent Gehalt eine Mehrheit von 172,000 erzielt.

In der Stadt Milwaukee war die Mehrheit der Nassen bei dem Referendum mindestens 68,000.

Die Stimmenzählung geht wie bei allen Referendums langsam vor sich. Obwohl die meisten noch ausstehenden Berichte den Landdistrikten angehören, dürfte die Mehrheit der Nassen, die nach Berichten von 1766 Bezirken aus gesamt 2759 sich auf 122,206 Stimmen stellen, noch ansehnlich zunehmen und sich auf mindestens 125,000 bis 150,000 stellen.

Die Berichte aus diesen 1766 Bezirken ergaben: 253,222 naß, 131,016 trocken. Für Heimbrau 235,729, dagegen 132,028.

Die Nassen hätten zweifelsohne eine noch größere Mehrheit erzielt, wenn nicht in Reihen der Republikaner die Spaltung zwischen der Kohler- und La Follette-Fraktion in die Referendumabstimmung hineingespielt hätte. Gouverneur Kohler verhielt sich in der Sache entschieden passiv und berief sich auf Herbert Hoover, dessen Haltung in der Prohibitionsfrage für ihn maßgebend sei.

Bresche in Prohibition geschlagen.

Washington, 6. April. — Präsident Henry H. Curran von der Association gegen das 18. Amendement, die an der Kampagne in Wisconsin regen Anteil genommen, erklärt, das Referendum in Wisconsin zeige, daß die Revolte des amerikanischen Volkes gegen die Tyrannei der nationalen Prohibition wie ein Präriebrand um sich greife. Der Staat Wisconsin hat sich jetzt in die Reihe der Staaten Maryland, Montana und Nevada gestellt, die ihre Hand nicht zur Durchführung jener anrüchigen Gesetze leihen wollen. Der Sieg in Wisconsin ist ein vollständiger. Wir haben dort mit einem Stimmenverhältnis von zwei zu eins gesiegt. Die Mehrheit der Nassen ist größer als die ganze Stimmenzahl der Trockenen.

Prohibition Amerikas größte Gefahr

Der nationale republikanische Frauen Klub gab zu Ehren der Frau Chas. H. Sabin, die ihre Stelle als Mitglied des republikanischen Nationalkomitee niedergelegt hat, im Hôtel Roosevelt ein Essen. Frau Sabin erklärte in ihrer Abschiedsadresse, der Hauptgrund, weshalb sie sich vom Rate der Republikanischen Partei zurückziehe, sei die Prohibition. Dem Kampfe gegen diesen Fluch, der die schwerste Bedrohung der Sittlichkeit des ganzen Landes mit sich führe, wolle sie von nun an mit anderen Frauen ihre ganze Kraft und ihre ganze Zeit widmen. Der Saloon in seiner abscheulichsten Gestalt sei nimmer so verderbnisvoll gewesen, wie die Prohibitions jetzt in Amerika mit ihrer Heuchelei, die jede Schicht der menschlichen Gesellschaft verseuche. Aus der Prohibition sei die größte Klasse von Verbrechern entstanden, sagte Frau Sabin, die je in diesem oder sonst einem Lande bestanden habe. Die Zeit sei gekommen, fuhr Frau Sabin fort, wo die amerikanische Frau sich an dem Kampfe zur Ausrottung dieses Krebsschadens beteiligen müsse.

Minister Seipel von Oesterreich resigniert

Erklärt, politische Lage erfordere neuen Mann.

Kampf zwischen Parteien führte Sturz herbei.

Wien, 3. April. — Monsignore Ignaz Seipel, der als Bundeskanzler die Geschichte der österreichischen Republik während der letzten sechs Jahre geleitet hat, reichte heute, zusammen mit seinen übrigen Minister-Kollegen der Christlichsozialen Partei seine Entlassung ein.

Außer dem Amt des Bundeskanzlers vereinigte er auch die Ministerien des Aeußern und Innern in seiner Person. Er wird bis zur Erwählung seines Nachfolgers die Geschäfte weiter führen.

Der Kanzler erklärte seinen Rücktritt, indem er sagte, er habe sich persönlich als Hindernis für die Annahme dringender Gesetzesvorlagen erwiesen. Auch bestanden ernste Meinungsunterschiede innerhalb seiner eigenen Partei sowie ein offener Bruch zwischen seinen Anhängern und der Alldeutschen Volkspartei.

Als dritten Grund seines Rücktritts führte er den Fehlschlag seiner Regierung an, eine Anleihe von $100,000,000 in America oder Europa zu erlangen.

Die Regierung sei ungerechter Weise scharf angegriffen worden, eine förmliche Agitation sei gegen sie betrieben worden.

Der ausscheidende Kanzler setzte dann hinzu:

„Ohne berechtigten Grund hat sich diese Agitation häufig gegen meine Priesterwürde und gegen meine Kirche gerichtet. Angesichts dieser Tatsache halte ich es nur für richtig, den politischen Führern die Gelegenheit zu geben, die Zukunft nach verschiedenen Richtungen hin sicherer zu gestalten, als dieses unter meiner Leitung möglich gewesen wäre."

Der Koalitionsblock, von dem die Regierung Dr Seipels in der Bundesversammlung unterstützt wurde, setzte sich zusammen aus den Christlich-Sozialen, der Großdeutschen Volkspartei und dem Landbund.

Obgleich der Rücktritt des Bundeskanzlers nicht ganz unerwartet kam, ist er doch früher eingetreten, als allgemein angenommen wurde. Seine Ursache ist in erster Linie darin zu suchen, daß die Christlich-Sozialen, welche die Bundesregierung kontrollieren, und die Sozialisten, die in Wien das Heft in der Hand haben, diametral entgegengesetzte Ansichten über alle wichtigen Gesetzesvorlagen hatten.

Der Bundeskanzler selbst scheint sich nachgerade klar darüber geworden zu sein, daß im Lande kein Fortschritt möglich sei, so lange dieser parlamentarische Widerstreit im Parlament andauerte. Dann kommt, daß seine Stellung und seine Popularität seit den Wiener Julikrawallen des Jahres 1927 andauernd geschwächt worden sind. Zwischen den Heimwehrverbänden, die von Dr. Seipel begünstigt wurden, und den sozialistischen Kampfgenossenschaften ist es in letzter Zeit verschiedentlich zu Zusammenstößen gekommen.

Kürzlich fiel die Alldeutsche Volkspartei von Dr. Seipels Christlich-Sozialen ab, ging mit den Sozialisten zusammen und vereitelte so eines der Lieblings-Projekte des Bundeskanzlers, die Gründung einer katholischen Universität in Salzburg, wie auch die Einführung katholischer Volksschulen in Burgenland hintertrieben wurde.

Dr. Seipel erklärte, als Regierungsbeamter wäre es ihm wohl möglich gewesen, der an ihm geübten Kritik Stand zu halten, aber nicht als katholischer Priester, dessen Aufgabe es sei, die Interessen der Kirche zu verteidigen.

Die absolute Offenheit Dr. Seipels wurde von seinen politischen Gegnern hoch gepriesen. Sie erklärten aber, Seipel sei als Bundeskanzler und nicht als Vertreter des Papstes erkoren worden und seine Aufgabe sollte es gewesen sein, der prekären wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes seine Aufmerksamkeit zu widmen.

In gewissen Kreisen wurde erklärt, eine Krisis sei immer noch zu vermeiden, indem man Dr. Seipel mit einer Neubildung des Kabinetts betraue unter der Voraussetzung, daß er die Kabinettsmitglieder fallen lasse, welche von der Opposition als besonders anstößig betrachtet werden, vor allen den Minister des Heereswesens, Karl Vaugoin und den Unterrichtsminister Richard Schmitz. Es ist indeß sehr

(Fortsetzung auf Seite 4)

Canadas Protest gegen amerik. Versenkung des Schooners „I'm Alone"

Ottawa, 6. April. — Im canadischen Parlament erklärte Premier King, die Versenkung des canadischen Schooners „I'm Alone" durch Küstenkutter der Ver. Staaten in den Gewässern des Golfs von Mexiko mit nachfolgendem Verlust von Menschenleben sei zum Gegenstand formeller Vorstellungen der canadischen Regierung in Washington gemacht worden. Der Premier bemerkte hierzu, die Korrespondenz hierüber werde zu geeigneter Zeit veröffentlicht werden.

Rumschmuggel-Vertrag wird revidiert

Washington, 6. April. — In hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die Vorstellungen der canadischen Regierung in Betreff des „I'm Alone"-Zwischenfalls zu einer Revidierung des Rumschmuggelvertrages zwischen den Ver. Staaten und Großbritannien führen werde.

Man sagt sich hier, daß die Berichte, welche der canadischen Regierung von dem britischen Konsul in New Orleans in Betreff des Zwischenfalls zugegangen sind, dazu angetan sein müssen, um diplomatische Vorstellungen in Washington zu rechtfertigen.

Uebungsfahrt der deutschen Flotte.

Kiel, 8. April. — Vier Schlachtkreuzer und sieben Torpedoboote der deutschen Reichsflotte werden am 16. April von hier in See gehen, um auf der Höhe der spanischen Nordküste Flottenmanöver auszuführen. Diese Uebungen werden bis zum 11. Mai andauern.

Schweres Bahnunglück in Rumänien.

Bukarest, 8. April. — 27 Personen wurden getötet und 65 andere verletzt, als der Expreßzug von Bukarest nach Jassy bei Buzen entgleiste.

Mexikanische Rebellen erleiden schwere Niederlage

Rebellenführer Escobar im Automobil entkommen.

Großer Teil der Insurgentenarmee gefangen.

Mexiko-Stadt, 5. April. — Nach heute ausgegebenen amtlichen Berichten scheint es, daß die fliehende Rebellenarmee sich bei La Reforma vollständig aufgelöst hat und zum großen, wenn nicht überwiegenden Teil gefangen genommen wurde.

General Almazan, der die Regierungstruppen in den Kämpfen der verflossenen drei Tage bei Coralitos, Jiminez und La Reforma befehligte, läßt die geschlagenen und fliehenden Insurgenten von Kavallerie verfolgen. Andere loyale Truppen sind noch damit beschäftigt, das riesige ausgedehnte Schlachtfeld zu säubern und insbesondere die verstreute Infanterie der Rebellen abzufangen, die auf den Ebenen nördlich von La Reforma nach einer Möglichkeit späht, ihren Verfolgern zu entkommen.

Die Kämpfe bei La Reforma, wo die Truppenzüge der zurückweichenden aufständischen Truppen von der zur Verfolgung ausgeschickten Regierungs-Kavallerie eingeholt wurden, waren kaum weniger blutig als die Schlacht von Jimines, und vollendeten die Zerschmetterung der Insurgenten-Armee des Generals Escobar. Achthundert Rebellenleichen liegen in drei Schichten aufgehäuft neben dem Bahnkörper bei La Reforma. Tausend verwundete Rebellen genießen die Fürsorge der Leitung des Bundesheeres, wie ein Vertreter der „Associated Presse" sich heute durch Augenschein überzeugte.

Die Führer der Aufständischen sind entkommen. Die Generäle Escobar und Urbalejo brachten sich schon am 2. April in einem Automobil in Sicherheit. Zwischen La Reforma und Chihuahua „stehen" noch etwa 3000 Rebellen.

Von anderen Kampfschauplätzen lagen heute keine wichtigeren Meldungen vor. Man erfuhr im Laufe des Tages nur, daß die loyale Infanterie unter dem General Cardenas in La Cruz (Sinaloa) eingetroffen ist, und Vorbereitungen trifft, den Vormarsch gegen Quila und Cullican fortzusetzen, wohin die Insurgenten sich zurückgezogen haben. Zwei von dem regierungstreuen Gouverneur Rodriguez von Nieder-Kalifornien ausgesandte Flieger haben das Lager der Insurgenten in Sonora unter General Topete mit Bomben belegt.

General Calles meldete spätnachmittags, daß er seine „Vernichtungs" Kampagne fortsetze. Er hält jede Gefahr im Norden für geschwunden und hat denn auch bereits 5000 Mann seiner Truppen nach den Staaten Jalisco und Guanajuata geschickt, wo neue Unruhen auszubrechen drohen.

Ueberflug des Atlantik in dreimotorigem Flugzeug.

Berlin, 6. April. — Die in New York ausgegebene Ankündigung des Obersten Fitzmaurice besprechend, er plant, zusammen mit Hauptmann Herman Köhl einen Flug von Potsdam nach New York, erklärte Herr Köhl heute auf Befragen, die finanziellen Vorkehrungen für ein solches Unternehmen seien noch nicht zum Abschluß gelangt.

Die Kosten eines solchen Unternehmens würden sich bedeutend höher stellen, als die des Westfluges des verstorbenen Freiherrn von Hünefeld mit der „Bremen". Es sei nämlich beabsichtigt, ein Junkers-Wasserflugzeug mit drei Motoren zu benützen. Eine solche Maschine koste aber zwischen 75,000 und 100,000 Mark. Auch hätten vor Antritt des Wagnisses selbst ausgedehnte Probeflüge stattzufinden.

Der Hauptmann fügte bei, als Ausgangspunkt des Ozeanfluges werde wahrscheinlich einer der Seen in der Umgegend von Berlin ausgewählt werden. Eine große Wasserfläche sei erforderlich, um den Aufstieg der schwerbeladenen Maschine bewerkstelligen zu können.

Einigung zwischen Vatikan und Moskau

Rom erkennt Sowjetregierung an.

Kirche erhält Recht, sich in Rußland frei und unbehindert zu betätigen.

Rom, 5. April. — Der Vatikan hat einen neuen diplomatischen Erfolg errungen, welcher in zukünftigen Jahren dem vor Kurzem abgeschlossenen Vertrag mit Italien an Bedeutung zur Seite gestellt werden kann.

Der Gewährsmann für diese Nachricht ist in der Lage, aus autoritativer Quelle mitzuteilen, daß der Hl. Vater und die Sowjetregierung unoffiziell ein Uebereinkommen für die freie und unbehinderte Betätigung der römisch-katholischen Religion in Rußland getroffen haben.

Wenn nicht noch unvorhergesehene Schwierigkeiten sich in der Zwischenzeit einstellen, so wird ein formeller Vertrag ausgearbeitet, laut welchem der Vatikan die Sowjetregierung anerkennt und die Kirche eine umfangreiche religiöse Kampagne zwecks Wiederaufrichtung des Katholizismus mit dem Einverständnis der Sowjetregierung in Rußland in die Wege leiten wird.

Es wird erwartet, daß die Bolschewiken, trotz ihrer offiziellen Vorliebe für den Atheismus, einen Gesandten nach dem päpstlichen Rom entsenden werden. Der Kommissar für Erziehung, Lunarcharsky, wird in Verbindung mit diesem Gesandtschaftsposten genannt.

Auch Rußland gewinnt Vorteile durch einen solchen Vertrag, erstens in Gestalt der wertvollen Anerkennung der Sowjetregierung durch den Papst, und zweitens durch das Versprechen vonseiten des Vatikans, die katholischen Aktivitäten in Rußland streng unpolitisch zu gestalten. Mit anderen Worten, die römische Hierarchie will ihren Einfluß dahin geltend machen, daß das Sowjetregime nicht durch feindliche Propaganda von seiten katholischer Priester und Laien behindert werde.

Wenn die jetzigen weitreichenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen, dann wird der Katholizismus in den Stand gesetzt, den langgehegten Wunsch, seinen Einfluß in Rußland auszudehnen, in Erfüllung gehen, und selbstverständlich wird zu gleicher Zeit auch die Stellung der Katholiken in Rußland ganz erhebliche gebessert — beides Projekte, welche dem Papst Pius XI. besonders am Herzen lagen.

Aber die allerwichtigste Bedeutung liegt in der Möglichkeit einer Versöhnung der orthodoxen Kirche mit Rom als Folge der größeren Durchdringung des Katholizismus in Rußland. Die Spaltung zwischen diesen großen Zweigen des Katholizismus hat Rom immer große Sorge bereitet. Eine Aussöhnung wurde seit langem angestrebt, aber nur auf der Grundlage, daß die orthodoxe Kirche sich der geistlichen Obrigkeit des Papstes unterwerfe.

* * *

Gerücht wird aus der Vatikanischen Stadt dementiert.

Vatikan-Stadt, 8. April. — Im Vatikan wurde von hervorragender Seite erklärt, daß eine Versöhnung oder irgendein Konkordat zwischen dem Hl. Stuhle und Sowjetrußland nicht nur nicht geplant, sondern im Gegenteil weiter entfernt sei als je.

Diese Antwort kam auf eine Anfrage zwischen Rom und Moskau in Bezug über Gerüchte, daß ein Abkommen in Sicht sei, daß die Sowjetregierung dem Vatikan ein Angebot gemacht hätte, und daß die Beschränkungen der Tätigkeit römisch-katholischer Priester in Rußland gelockert werden sollten.

In Verbindung mit diesem letzten Gerücht wurde erklärt, daß die Verfolgung der wenigen noch in Rußland befindlichen katholischen Priester sich letzthin vermehrt hätte. In den letzten Tagen wäre einer der zwei katholischen Priester, die zusammen mit einem einzelnen Bischof noch die römisch-katholische Kirche in Moskau vertreten hätten, deportiert worden, wurde erklärt.